
**Protokoll
über die 13. Sitzung des Ausschusses für Bauen, Stadtentwicklung und Verkehr am
03.09.2015**

Beginn: 17:30 Uhr
Ende: 19:35 Uhr
Ort: Stadthaus, Am Packhof 2-6, Raum 1.029

Anwesenheit

Vorsitzender

Brauer, Hagen Dr.
entsandt durch CDU-Fraktion

1. Stellvertreter des Vorsitzenden

Badenschier, Rico Dr.
entsandt durch SPD-Fraktion

2. Stellvertreter des Vorsitzenden

Walther, André
entsandt durch Fraktion DIE LINKE

ordentliche Mitglieder

Block, Wolfgang
entsandt durch Fraktion DIE LINKE
Federau, Petra
entsandt durch ZG AfD
Fischer, Frank
entsandt durch SPD-Fraktion
Forejt, Manfred
entsandt durch CDU-Fraktion
Teubler, Ulrich
entsandt durch Fraktion Unabhängige Bürger

stellvertretende Mitglieder

Müller, Arndt
entsandt durch die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN
Pötter, Joachim

beratende Mitglieder

Bremer, Michael
entsandt durch Behindertenbeirat
Reinke, Karl

Verwaltung

Könn, Tony
Liebenau, Ulrike
Michaelis, René
Nottebaum, Bernd
Reinkober, Günter Dr.
Schönfeld, Claudia
Thiele, Andreas

Gäste

Gröger, Anita
Rabe, Burkhard
Ramünke-Hoefler, Maren
Steckbarth, G.

Leitung: Dr. Hagen Brauer

Schriftführer: Madlen Dietzold

Festgestellte Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung

2. Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 12. Sitzung vom 02.07.2015 (öffentlicher Teil)

3. Mitteilungen der Verwaltung

- 3.1. Ständiger Tagesordnungspunkt: Bauvorhaben Brücke Wittenburger Straße

- 3.2. Aktueller Sachstand Graf-Schack-Allee 10

- 3.3. Vorstellung der Weltkulturerbemanagerin Frau Schönfeld

4. Beratung zu Beschlussvorlagen aus dem Hauptausschuss (öffentlich)
 - 4.1. Bebauungsplan Nr. 05.90.01/1/Erste Änderung "Wohngebiet Neumühle" - Aufstellungsbeschluss -
Vorlage: 00359/2015
 - 4.2. Bebauungsplan der Innenentwicklung Nr. 86.13 "Weststadt / Leonhard - Frank - Straße 35"
Beschluss über die Stellungnahmen
Satzungsbeschluss
Vorlage: 00381/2015
5. Beratung zu Anträgen aus der Stadtvertretung (öffentlich)
 - 5.1. Schaffung von Sitzmöglichkeiten und Überdachung
Vorlage: 00365/2015
 - 5.2. E-Mobilität - Chancen für Schwerin sichern
Vorlage: 00377/2015
 - 5.3. Errichtung eines Einbahnstraßensystems in der südlichen Paulsstadt
Vorlage: 00411/2015
6. Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

- zu 1 Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung**

Bemerkungen:

Herr Dr. Brauer, der Vorsitzende, eröffnet die 13. Sitzung des Ausschusses für Bauen, Stadtentwicklung und Verkehr. Er begrüßt die Ausschussmitglieder, die Mitarbeiter der Verwaltung und die Gäste. Die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit werden festgestellt. Der Punkt 9.1.1. wird von der Tagesordnung gestrichen, da die Unterlagen zu dem Vorhaben fehlten.

zu 2 Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 12. Sitzung vom 02.07.2015 (öffentlicher Teil)

Bemerkungen:

Das Protokoll der 12. Sitzung des Ausschusses (hier: öffentlicher Teil) wird mit zwei Enthaltungen bestätigt.

zu 3 Mitteilungen der Verwaltung

Bemerkungen:

Herr Nottebaum berichtet zur Schwimmhalle Lankow. Die Mitglieder des Hauptausschusses sind unterschiedlicher Rechtsauffassung ob das Objekt als Baudenkmal eingestuft werden sollte oder nicht. Außerdem gibt es abweichende Ansichten zum weiteren Verfahren. Durch den Widerspruch des Landesamtes für Denkmalpflege erfolgte zunächst ein Baustopp. Der Ausgangsbescheid erfolgte jedoch ohne sofortige Vollziehung, sodass aufschiebende Wirkung festgestellt wurde. Daher wird der Abriss der Schwimmhalle fortgeführt. Mit einem weiteren Baustopp ist zu rechnen.

Ein Medienvertreter der SVZ berichtete zum Busverkehr ins Umland. Bei dem Versuch einen eigenständigen Fahrbetrieb zu organisieren soll der Nahverkehr ausgeschlossen worden sein.

Es sollen nun im September mehrere Gespräche mit dem Landkreis etc. erfolgen, bei denen unter anderem über den erstellten Fahrplan und über die Problematik der Fahrtickets diskutiert werden sollen.

zu 3.1 Ständiger Tagesordnungspunkt: Bauvorhaben Brücke Wittenburger Straße

Bemerkungen:

Herr Nottebaum informiert darüber, dass die Bauarbeiten weiterhin im Zeitplan liegen.

Auch die kritischen Termine werden voraussichtlich eingehalten. Daher kann das Bauvorhaben rechtzeitig abgeschlossen werden sofern keine Witterung folgt.

zu 3.2 Aktueller Sachstand Graf-Schack-Allee 10

Bemerkungen:

Herr Dr. Reinkober berichtet zu einem Ortstermin am 28.07.2015 zwischen Bauherrn, Architekt, der unteren Denkmalbehörde und dem Landesamt für Kultur und Denkmalschutz sowie Herrn Thiele. Einvernehmen bestand darin, dass das Gebäude mit vier Geschossen und einem Flachdach ausgebildet wird. Offen blieben das Verhältnis von Wand und Öffnung sowie die horizontale Gliederung der Ostfassade. Die Befreiungsanträge zum B-Plan werden im nicht- öffentlichen Teil beschlossen, können aber schon im öffentlichen Teil diskutiert werden.

Herr Fischer wünscht um Auskunft, wie das weitere Verfahren aussieht.

Herr Dr. Reinkober weist daraufhin, dass die Welterbeverträglichkeit noch geprüft werden muss. Dazu wurde das Landesamt für Denkmalpflege und ICOMOS beteiligt. Eine Stellungnahme liegt bisher aber noch nicht vor.

Herr Stechbart bemerkt, dass es einer Grundlage für seine weiteren Planungen bedarf. Er wünscht eine Rahmenformulierung zum Bauvorhaben um sich dann mit dem Landesamt für Denkmalpflege kurzschließen zu können. Damit würde man Zeit und Kosten sparen.

Herr Thiele erläutert, dass als Grundlage die Befreiungstatbestände berücksichtigt werden können. Das Votum des Ausschusses solle klarstellen, dass ein viergeschossiges Gebäude mit Satteldach errichtet werden könne. Die Fassadengestaltung würde zu einem späteren Zeitpunkt im Ausschuss diskutiert und entschieden.

Herr Dr. Brauer empfindet die unauffällige Fassade/ Gestaltung als gut. Die Glasfassade und das Staffelgeschoss hingegen würden optisch nicht dazu passen. Eine schlichte Lochfassade würde besser wirken. Außerdem solle die südliche Fassadengliederung aufgegriffen werden. Daher kann keine Zustimmung zu dem jetzigen Entwurf erfolgen.

Herr Dr. Badenschier hält ein Wettbewerbsverfahren für sinnvoll.

Herr Dr. Reinkober teilt mit, dass ein Wettbewerbsverfahren nicht mehr notwendig ist, da zu dem Grundstück bereits eine bestehende Baugenehmigung vorhanden ist und somit der Eigentümer dieses ausnutzen könnte.

Frau Federau sieht in dem Objekt an der dortigen Stelle eine Gefährdung für das Weltkulturerbe. Daher sollte ein neuer Entwurf erstellt werden.

Herr Dr. Badenschier befürwortet den neuen Entwurf zum Bauvorhaben. Allerdings gibt es Befürchtungen zur Gefährdung des Weltkulturerbes. Daher sollte vor Beschluss der Befreiungen die Stellungnahme vom Landesamt für Denkmalpflege abgewartet werden.

Herr Dr. Reinkober macht darauf aufmerksam, dass bereits mehrfach zu dem Thema diskutiert wurde und daher nun über die Befreiungen beschlossen werden sollte.

Herr Rabe ergänzt, dass der Prozess unbedingt erhalten bleiben muss. Dafür ist eine Schaffung von Planungssicherheit zwingend erforderlich. Er bittet um Abstimmung der Befreiungen.

Herr Dr. Brauer bemerkt, dass immer noch das Problem mit der Ostfassade besteht. Dies sei keine politische sondern eine rechtliche Entscheidung.

Herr Nottebaum bittet ebenfalls um Abstimmung zu den Befreiungsanträgen. Es liegt keine Gefährdung des Weltkulturerbes vor. Das Landesamt für Denkmalpflege und ICOMOS wurden beteiligt. Außerdem befindet sich der Bauherr in einem Streit, ob das Objekt unter denkmalpflegerischer Sicht zu betrachten ist. Eine Baugenehmigung wird nur erteilt, wenn die Mitglieder des Ausschusses zustimmen. Die Stellungnahmen von den beiden Außenstellen werden ebenfalls berücksichtigt.

Herr Block weist daraufhin, dass das Landesamt für Denkmalpflege keine Prüfung der Baugrenzen vorsieht. Möglicherweise kommt es daher zu unterschiedlichen Entscheidungen. Auch die Fassade sei ein wichtiges Thema.

Herr Dr. Badenschier möchte erfahren, ob Änderungen von ICOMOS vom Bauherrn akzeptiert werden.

Herr Stechbart befürwortet dies.

Herr Forejt verweist auf das UNESCO Welterbe in Stralsund. Dort werden auch moderne Gebäude errichtet. Dies sollte auch berücksichtigt werden.

Es wird sich darauf verständigt, dass nun die Abstimmung zu den Befreiungen im nicht- öffentlichen Teil erfolgt.

zu 3.3 Vorstellung der Weltkulturerbemanagerin Frau Schönfeld

Bemerkungen:

Fr. Schönfeld stellt sich und aktuelle Projekte zum Weltkulturerbe vor.

Herr Müller bemerkt, dass zur Erstellung des neuen Konzeptes zum Antrag auf Weltkulturerbe in der Feinabstimmung weitere Personen herangezogen werden sollten.

Fr. Schönfeld weist daraufhin, dass noch eine Person aus dem Bildungsministerium gestellt werden soll. Diese ist aber noch nicht festgelegt. Es gibt mehrere mögliche Ausrichtungen der Kernzonen, die noch diskutiert werden müssen. Das Ergebnis sollte bis Ende 2016 feststehen.

zu 4 Beratung zu Beschlussvorlagen aus dem Hauptausschuss (öffentlich)

zu 4.1 Bebauungsplan Nr. 05.90.01/1/Erste Änderung "Wohngebiet Neumühle" - Aufstellungsbeschluss - Vorlage: 00359/2015

Bemerkungen:

Hr. Thiele stellt die Beschlussvorlage vor.

Hr. Fischer lehnt dieses Vorhaben ab. Bei einer Bebauung dieser Fläche würden die Stadtteile Lankow und Neumühle zusammenwachsen. Daher würde eine kleinere Fläche befürwortet werden.

Hr. Thiele weist daraufhin, dass es hierbei nur um den nicht genutzten Sportplatz geht.

Hr. Teubler wünscht zu erfahren, ob dazu vom Ortsbeirat oder vom Amt für Jugend, Schule und Sport ein Votum abgegeben wurde.

Hr. Thiele verneint dies. Die Initiative erfolgte vom Sportverein.

Hr. Teubler bemerkt, dass die Entwicklungsflächen für den Verein vorgebracht werden sollen.

Hr. Thiele informiert darüber, dass für den Verein genug Platz vorhanden sei. Eine Bebauung für Wohnungen sei sinnvoller, da in 2 Jahren Bedarf da sein wird.

Hr. Müller lehnt dieses Vorhaben ebenfalls ab. Die Landeshauptstadt solle sich besser in Randbereichen ausbreiten. Die Bebauung einer freien Fläche kann er nicht befürworten.

Beschluss:

Der Ausschuss für Bauen, Stadtentwicklung und Verkehr empfiehlt:

Der Hauptausschuss beschließt das Verfahren zur ersten Änderung des Bebauungsplans Nr.05.90.01/1 „Wohngebiet Neumühle“ einzuleiten.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|---------------|---|
| Ja-Stimmen: | 5 |
| Nein-Stimmen: | 2 |
| Enthaltung: | 2 |

zu 4.2 Bebauungsplan der Innenentwicklung Nr. 86.13 "Weststadt / Leonhard - Frank - Straße 35"
Beschluss über die Stellungnahmen
Satzungsbeschluss
Vorlage: 00381/2015

Bemerkungen:

Herr Thiele stellt die Beschlussvorlage vor.

Herr Müller äußert Bedenken zur Höhe der Bebauung. Diese sollte eher geringer gehalten werden.

Herr Dr. Brauer bemerkt, dass die vorgegebene Höhe als nicht störend angesehen wird.

Herr Dr. Reinkober ergänzt, dass für diesen Wohnabschnitt bereits ein Bauantrag vorliegt. Dort wurde die Höhe festgesetzt und auch eingehalten. Der Bauantrag kann im nächsten Ausschuss für Bauen, Stadtentwicklung und Verkehr vorgestellt werden.

Beschluss:

Der Ausschuss für Bauen, Stadtentwicklung und Verkehr empfiehlt:

1. Die Stadtvertretung beschließt über die zum Bebauungsplan der Innenentwicklung Nr. 86.13 „Weststadt / Leonhard – Frank – Straße 35“ eingegangene Stellungnahme gemäß Anlage 1.
2. Die Stadtvertretung beschließt den Bebauungsplan der Innenentwicklung Nr. 86.13 „Weststadt / Leonhard – Frank – Straße 35“ mit der Planzeichnung (Teil A) und dem Textteil (Teil B) gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung. Die Begründung zum Bebauungsplan wird gebilligt. Der Satzungsbeschluss ist ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 7
Nein-Stimmen: 1
Enthaltung: 1

zu 5 Beratung zu Anträgen aus der Stadtvertretung (öffentlich)

**zu 5.1 Schaffung von Sitzmöglichkeiten und Überdachung
Vorlage: 00365/2015**

Bemerkungen:

Herr Dr. Brauer lehnt diese Vorlage eher ab, da dies auch nur eine temporäre Lösung wäre und mit Kosten für die Stadt verbunden ist.

Herr Bierstedt bestätigt, dass die derzeitige Haushaltssituation solche Kosten nicht decken kann.

Herr Fischer wünscht zu erfahren wer Eigentümer dieser Wartehäuschen ist.

Herr Bierstedt weist daraufhin, dass das Eigentum tendenziell eher bei der Stadt liegt.

Herr Walther bemerkt, dass die Schaffung von Sitzmöglichkeiten und einer Überdachung notwendig sei. Daher sollte das Geld von der Stadt zur Verfügung gestellt werden oder nach möglichen Alternativen gesucht werden.

Herr Dr. Badenschier macht darauf aufmerksam, dass der Nahverkehr ein mobiles Wartehäuschen besitzt. Dieses müsste nur Einbetoniert werden.

Herr Bierstedt informiert, dass dies vom Nahverkehr beschlossen werden müsste.

Herr Block hält es für am sinnvollsten, die Beschlussvorlage in einen Prüfauftrag für die Verwaltung umzuwandeln.

Frau Gröger unterstreicht, dass die Schaffung von Sitzmöglichkeiten angestrebt wird. Es solle nach einem Angebot beim Nahverkehr angefragt werden.

Herr Nottebaum teilt mit, dass die Antwort auf einen Prüfantrag spätestens zum übernächsten Ausschuss für Bauen, Stadtentwicklung und Verkehr vorliegen kann.

Frau Gröger, sowie alle Mitglieder des Ausschusses befürworten die Änderung der Beschlussvorlage in einen Prüfauftrag für die Verwaltung.

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit kostengünstig an den Übergangshaltstellen am Platz der Freiheit (Lübecker Straße) und in der Franz Mehring Straße eine Überdachung oder gleichwertige Lösung und Sitzplätze für den Zeitraum der Bauarbeiten installiert werden kann. Das Ergebnis der Prüfung soll erneut im Ausschuss für Bauen, Stadtentwicklung und Verkehr vorgestellt werden.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|---------------|---|
| Ja-Stimmen: | 7 |
| Nein-Stimmen: | 0 |
| Enthaltung: | 2 |

**zu 5.2 E-Mobilität - Chancen für Schwerin sichern
Vorlage: 00377/2015**

Bemerkungen:

Frau Federau wünscht zu erfahren, ob Bedarf für eine E- Mobilität vorhanden ist. Die Steckdose im Schlosspark wird scheinbar nicht genutzt.

Herr Block bemerkt, dass sich die E-Mobilität mehr und mehr durchsetzen würde.

Daher sollte auch bessere Angebote dafür geschaffen werden.

Herr Bremer ergänzt, dass die Steckdose im Schlosspark genutzt werde. Die Stadt sollte fortschrittlich sein und sich an solchen Projekten beteiligen.

Frau Federau möchte erfahren, mit welchen Kosten die E-Mobilität verbunden ist. Es sollte eine Abstimmung mit allen Anbietern und Touristen getroffen werden.

Herr Nottebaum erläutert, dass der Antrag hierzu bereits im Jahre 2014 gestellt wurde. Die jetzige Vorlage sei nur ein Verfeinerungsantrag. Eine Stabstelle für die E-Mobilität ist vorhanden. Es sind ideelle Leistungen angedacht.

Herr Müller ergänzt, dass die E-Mobilität eine zukunftsorientierte Technologie sei und wirtschaftliche Chancen mit sich bringt.

Herr Teubler macht darauf aufmerksam, dass damit aber auch gewisse Fixkosten verbunden sind.

Herr Michaelis weist daraufhin, dass die Stadt Mitglied bei der WEAMG/ Stadtwerken sind und somit ein kostengünstiges Angebot vereinbaren kann.

Beschluss:

Der Ausschuss für Bauen, Stadtentwicklung und Verkehr empfiehlt:

Die Stadtvertretung möge beschließen:

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit den kommunalen Unternehmensbeteiligungen nach dem Vorbild der Hansestadt Rostock einen Aktionsplan zur Förderung der Elektromobilität zu erstellen. Darin sollen von der Stadtverwaltung und den kommunalen Unternehmen konkrete Vorschläge unterbreitet werden, welche Maßnahmen kurz-, mittel- und langfristig zur Förderung der Elektromobilität umgesetzt werden können. Unter anderem sollen dazu folgende Maßnahmen geprüft werden.

- Verbesserung der Infrastruktur für Elektromobilität (z.B. Verkehrs- und Stadtplanung für Elektrofahrzeuge zur Errichtung eines Stromstellennetzes, insbesondere Errichtung von Stromstellen in Parkhäusern, standardmäßige Ausrüstung von existierenden und zukünftigen Fahrradständern mit Stromanschlüssen etc.),
- Verbindung von Elektromobilität und ÖPNV,
- Einbindung von Elektromobilität in das Fuhrparkmanagement der Landeshauptstadt Schwerin und ihrer kommunalen Unternehmen,
- Zusammenarbeit mit benachbarten touristischen Standorten zur Installation von gemeindeübergreifender Vernetzung von Angeboten zur elektromobilen Fortbewegung im Tourismusbereich und
- Beitritt der Landeshauptstadt zum "Netzwerk Elektromobilität Mecklenburg-Vorpommern".

Dabei sind von Anfang an bestehende Fördermöglichkeiten zu ermitteln und auszuschöpfen.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|---------------|---|
| Ja-Stimmen: | 7 |
| Nein-Stimmen: | 0 |
| Enthaltung: | 2 |

**zu 5.3 Errichtung eines Einbahnstraßensystems in der südlichen Paulsstadt
Vorlage: 00411/2015**

Bemerkungen:

Herr Fischer lehnt eine verkehrsberuhigende Zone an dieser Stelle ab.

Herr Dr. Brauer weist daraufhin, dass die Schaffung von Parkraum in dem Bereich zwingend notwendig sei.

Herr Dr. Badenschier empfindet den Konflikt mit entgegenkommenden Autos als eher gering. Vielmehr steigt ein Konflikt zwischen Fußgängern und Autos. Außerdem besteht die Gefahr der Erhöhung von Geschwindigkeit bei den Autofahrern.

Herr Teubler sieht mit der Einbahnstraßenregelung ebenfalls neues Konfliktpotenzial. Die Vorlage sollte in einen Prüfauftrag für die Verwaltung umgewandelt werden.

Herr Block hält die bisher vorhandene Regelung für ausreichend.

Herr Nottebaum bemerkt, dass auch eine Begrünung von Straßenzügen möglich ist. Ein Prüfauftrag ist nicht sinnvoll, da dann der Ortsbeirat nicht beteiligt werden könnte.

Herr Pötter erläutert für den Ortsbeirat, dass die Vorlage noch in Abstimmung ist. Bisher stehe der Ortsbeirat dem aber positiv entgegen, da somit die Geschwindigkeit reduziert und die Parkplätze erhöht werden könnten.

Herr Nottebaum macht darauf aufmerksam, dass sich die Verwaltung das System von Einbahnstraßen vorstellen kann. Jedoch sollte dieses System nicht auf allen Straßen angewandt werden.

Herr Dr. Brauer erklärt für die CDU Fraktion, dass der Antrag so zu verstehen ist, dass Einbahnstraßen nur dort eingerichtet werden, wo sie sinnvoll sind.

Beschluss:

Der Ausschuss für Bauen, Stadtentwicklung und Verkehr empfiehlt:

Die Oberbürgermeisterin wird aufgefordert, ein Einbahnstraßensystem in der südlichen Paulsstadt bis Ablauf des ersten Quartals 2017 an den Straßen, die aus verkehrlichen Belangen sinnvoll sind, einzurichten. Zur Sitzung der Stadtvertretung im Januar 2016 ist eine Informationsvorlage zum Bearbeitungsstand zu erstellen.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|---------------|---|
| Ja-Stimmen: | 5 |
| Nein-Stimmen: | 2 |
| Enthaltung: | 2 |

zu 6

Sonstiges

Bemerkungen:

Herr Bremer informiert darüber, dass die Mitglieder des Behindertenbeirates neu gewählt wurden. Anfragen für Stellungnahmen sollen an den Vorstand gerichtet werden.

Die nächste Sitzung des Behindertenbeirates am 15.09.2015 wird im nächsten Ausschuss für Bauen, Stadtentwicklung und Verkehr ausgewertet.

Herr Dr. Badenschier bittet um Auskunft zur Fokker- Halle und zum behinderten gerechten Zugang am Güstrower Tor.

Herr Nottebaum berichtet, dass es zur Fokker- Halle eine Ausschreibung stattfindet. Ende September soll voraussichtlich die Vorauswertung abgeschlossen worden sein.

Des Weiteren wird zum Güstrower Tor informiert, dass die Straße sehr marode ist. Da diese jedoch nicht so wichtig ist wie andere Straßen kann eine Sanierung momentan nicht realisiert werden. Außerdem müsste für die Sanierung dieser Straße auch ein Straßenausbaubeitrag durch die Stadt gezahlt werden.

Herr Fischer bemerkt, dass in der Lübecker Str. / Ecke Büdnerstraße beim Umbau der Kreuzung viel Platz für Autofahrer weggenommen und durch einen Bordstein ersetzt wurde. Er wünscht um Erläuterung.

Herr Nottebaum erklärt, dass diese Fläche für Fahrradfahrer erstellt wurde.

Frau Federau teilt mit, dass sie einen Anruf eines Bewohners aus Görries aus der Straße Am Heidberg erhalten hat. Dieser beschwerte sich, dass Splitt in seine Schächte gelaufen ist und daher nun keine Wasserabfuhr mehr möglich sei.

Herr Nottebaum weist daraufhin, dass der Bürger diese Beschwerde schriftlich an die Verwaltung stellen muss. Dann kann der Sachverhalt geprüft werden.

gez. Dr. Hagen Brauer

Vorsitzende/r

gez. Madlen Dietzold

Protokollführer/in